Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 15, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Nr. 165. Halle, Freitag, den 9. April 1920. **Einzelpreis 20 Pfg.**

Eine Spaltung in der Entente?

Umbildung der Einwohnerwehren. — Die französischen Farben müssen in Frankfurt gegrüßt werden!

Französisch-belgische Übereinstimmung.

Amsterdam, 8. April. (Eigene Drahtnachricht.) Dem „Temps wird aus Brüssel gemeldet, daß die Minister, die sich auf Urlaub befanden, schleunigst nach Brüssel zurückgerufen worden sind. Der König wird von Fontainbleau zurückerwartet und das Kabinett wird so bald als möglich zusammentreten, um die Haltung zu bestimmen, die Belgien in bezug auf die deutschen Vorfälle einnehmen wird. Der Premierminister beriet am Mittwoch mit dem Kriegsminister Janson und dem Minister des Auswärtigen Hymans. In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß sich Belgien auf die Seite Frankreichs stellen müsse.

Zu den Millerandschen Gründen des militärischen Vorgehens.

WTB. Berlin, 8. April. (Drahtnachricht.) Von zuständiger Seite wird zu der heute früh verbreiteten Note Millerands mitgeteilt: Aus dieser Note geht hervor, daß die französische Besetzung ohne Zustimmung der Verbündeten vorgenommen wurde, ja, daß die Botschafterkonferenz auf eine Anfrage Frankreichs am 25. März erklärt hat, die Besetzung Frankfurts und Darmstadts erscheine zurzeit inopportun. Die Erklärung des Unterstaatssekretärs Paologue wird mit kurzen Worten erwähnt, dafür wird aber eine sofort als private Aeußerung charakterisierte Bemerkung des Ministerialdirektors Göppert, er glaube nicht, daß Deutschland ohne Frankreichs Einwilligung in das Ruhrgebiet einmarschieren werde, fälschlicherweise in ein Versprechen Deutschlands an Frankreich umgewandelt. Schließlich wird vollkommen verschwiegen, daß wir bereits am 4. April in Paris mitteilen ließen, mit welch relativ geringer Truppenzahl die Ruhraktion durchgeführt werde und daß sie in sieben Tagen erledigt sein soll. Diese Tatsachen hätten in die Dispositionen der französischen Note nicht hineingepaßt, die als Hauptargument für das militärische Vorgehen Frankreich anführt, daß die Besetzung deutscher Städte für die Sicherheit Frankreichs unbedingt notwendig gewesen sei. Auf die übrigen Entstellungen und Auslassungen der französischen Note wird von maßgeblicher Seite noch näher einzugehen sein.

Grußzwang der Trikolore in Frankfurt.

WTB. Frankfurt a. M., 8. April. Der französische Befehlshaber des Bezirks Frankfurt, Oberst Winnegnes, hat angeordnet, daß die uniformierten Deutschen, die der Heeresmacht, der Polizei, der Feuerwehr, und der Zoll- und Forstverwaltung angehören, zum Gruß der Fahnen und der uniformierten Offiziere der alliierten Mächte verpflichtet sind.

Ursache der Schießerei.

WTB. Frankfurt a. M., 8. April. Ueber die Vorgänge in Frankfurt von gestern wird mitgeteilt: Um die französische Wache, die an der Hauptwache aufgestellt war, hatten sich zahlreiche Zuschauer gestellt. Als gestern mittag die Ablösung kam, wurde den Soldaten nicht sofort genügend Platz gemacht. Als ein kleiner Junge einen Stein warf, gab der Führer der Wache das Signal zum Schießen. Es wurden sechs Zivilpersonen getötet und 35 verwundet, französische Soldaten mißhandelt, aber nicht getötet. Das Gerücht von der Tötung stammt daher, daß einige von ihnen beim Appell nicht zur Stelle waren. Näheres konnte bisher nicht festgestellt werden. Eine Untersuchung ist von französischer Seite eingeleitet worden.

Die französischen Entschuldigungen für Frankfurt.

WTB. Frankfurt a. M., 8. April. Nach einer von französischer Seite gegebenen Darstellung spielte sich der gestrige bedauerliche Vorfall an der Hauptwache, bei dem sechs Personen getötet und 35 verwundet wurden, folgendermaßen ab. An die in der Hauptwache stationierte Abteilung arabischer Truppen nebst einer Maschinengewehrabteilung mit französischer Bedienungsmannschaft drängte sich die Menge heran und wurde von dem die Wache befehligenden Offizier aufgefordert, zurückzugehen. Der Offizier wurde im nächsten Augenblick von einer Menschenwelle umringt und war, da er sehr klein war, innerhalb der Menge nicht mehr zu erkennen. So wurde bei der Wache der Eindruck erweckt, daß er von der Menge zu Boden geschlagen sei. Als auf mehrmaligen Befehl die Menge nicht auseinanderging, wurden Salven aus Maschinengewehren abgegeben, was die bereits angegebenen Opfer forderte.

Noch ein französischer Mord.

WTB. Berlin, 8. April. Zur Feststellung der vordersten französischen Postenlinie wurden gestern von der zuständigen militärischen Stelle drei Offizierpatrouillen entsandt. Der mittelsten Patrouille wurde in Oberwöllstadt von einem Zivilisten gesagt, in Niederwöllstadt befinde sich eine französische Patrouille. Der Patrouillenführer, Leutnant Graf Kalnein, erklärte hierauf, er wolle zur Klärung der Lage, wenn irgend möglich, mit dem französischen Offizier selber sprechen. Als die Patrouille gleich darauf unter Führung Kalneins vor Niederwöllstadt rückte, wurde sie von einem französischen Posten angerufen, worauf der Patrouillenführer, Leutnant Graf Kalnein, sofort antwortete. Während dieser Antwort sprangen mehrere französische Posten vom Bahndamm auf die Straße herab, so daß das Pferd des Leutnants Grafen Kalnein scheute und kehrt machte. Ohne weiteres gab nun die französische Patrouille ungefähr 12 bis 15 Schüsse ab. Die Patrouille des Leutnants Grafen Kalnein machte sofort kehrt und ritt in Richtung Oberwöllstadt zurück. Hierbei wurde der Patrouillenführer, Leutnant Graf Kalnein, durch zwei Schüsse in den Unterleib und Rücken schwer verletzt. Er ist dann seinen Verletzungen erlegen.

Noch ein italienischer Kommentar zur Besetzung Frankfurts.

WTB. Prag, 8. April. „Tribuna" bespricht unter der Ueberschrift „Das Ruhrgebiet die Besetzung von Frankfurt" und verweist darauf, daß nicht einmal England, noch weniger Amerika und Italien, dem Vorgehen Frankreichs zustimmen. Eine offizielle Note aus Washington, und der größte Teil der italienischen Blätter sprechen offen aus, daß die Herstellung dieses neuen internationalen Konflikts nicht nur überflüssig, sondern schädlich sei. Dieser Standpunkt scheine jedem berechtigt, der die politischen Verhältnisse in Deutschland mit Ruhe beurteilte. Es sei einfach undenkbar, bei der deutschen Säuberung des Ruhrgebiets militärisch einzugreifen. Die dortige anarchistische Situation würde Frankreich und das übrige Europa in gleicher Weise wie Deutschland bedrohen. Die Tatsache, daß die ganze wirtschaftliche Situation zwischen dem Süden und dem Westen infolge der Besetzung unmöglich sei, daß dadurch ein Millionenschaden verursacht werde, sei den militärischen Kreisen in Frankreich gleichgültig. Sie könne aber nicht für diejenigen gleichgültig sein, die wissen, daß es ohne Ruhe in Deutschland keine Ruhe in Europa gibt, und daß jede überflüssige Komplikation der internationalen Verhältnisse in Europa die Anarchie und den Umsturz stärkt, die alle in gleicher Weise bedrohen

Eine Warnung.

WTB. Amsterdam, 8. April. „Westminster Gazette" schreibt in einem „Eine schlechte Lösung" überschriebenen Leitartikel zu dem Vormarsch der Franzosen: Man dürfe die Macht der deutschen Junker nicht überschätzen. Das Fehlschlagen ihres Putsches spreche für sich. Nach allem, was man höre, habe die Masse des deutschen Volkes die Militärpartei satt. Das Blatt warnt die Alliierten davor, dieser Partei in die Hände zu spielen.

Auflösung der Einwohnerwehren.

WTB. Berlin, 8. April. (Drahtnachricht.) Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, die Einwohnerwehren aufzulösen. Im Anschluß an den hierauf bezüglichen Erlaß der Reichsregierung sind die Oberpräsidenten sofort entsprechend angewiesen worden.

Der Schutz der Bürger.

WTB. Berlin, 8. April. (Drahtnachricht.) Der Reichsminister des Innern hat den deutschen Landesregierungen die gestern veröffentlichte Note des Generals Nollet über die Einwohnerwehren mitgeteilt und folgendes hinzugefügt: Wenn auch die Ausführungen der Note, die vom militärischen Charakter der Einwohnerwehren spricht, zum größten Teil auf unzutreffenden Voraussetzungen beruhen, so ist sich die Reichsregierung zu ihrem Bedauern doch nach Lage der Verhältnisse gezwungen, von erneuten aussichtslosen Gegenvorstellungen abzusehen und die Regierungen der Länder zu ersuchen, die Ausführung des Erlasses alsbald in Erwägung zu leiten. Andererseits aber muß anerkannt werden, daß die Verhältnisse sich infolge der letzten Ereignisse vielerorts so verschärft haben, daß es heute mehr denn je unmöglich ist, der Bevölkerung den Selbstschutz zu verweigern. Auch wird in den Städten mit Rücksicht auf die großen vorhandenen öffentlichen Vorräte und wirtschaftlichen Werte, sowie auf dem Lande die Sorge für die Erhaltung der Nahrungsmittel zur Prüfung nötigen, wie die erforderlicher Sicherheit gewährleistet werden kann. Es wird deshalb anheimgegeben, dort, wo ein genügender Schutz durch die Reichswehr, Sicherheitspolizei oder andere Polizeiorgane nicht gegeben ist, demnach für einen Ersatz durch eine nach den örtlichen Verhältnissen zu gestaltende anderweitige Schutzorganisation zu sorgen. Hierbei ist genau darauf zu achten, daß jeder Anschein vermieden wird, der auf Verletzung der in dem Schreiben des Generals Nollet angeführten Bedingungen des Friedensvertrages schließen lassen könnte. Insbesondere ist die Bewaffnung mit Militärgewehren, die nach dem Friedensvertrage abzuliefern sind, unzulässig, und es ist auf eine andere Art der Bewaffnung Bedacht zu nehmen. Jede militärische Uebung ist unter allen Umständen zu unterlassen. Auf erweiterte Zuziehung aus Kreisen der arbeitenden Bevölkerung wird, wo dies bisher nicht geschehen ist, besonders Bedacht zu nehmen sein.

Achtung, Fußangeln!

Von Gustav Hartmann, Verbandsvorsitzender der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker),

Mitglied der Nationalversammlung,

Daß die Herrschaften von der Reaktion in der Wahl ihrer Mittel zum Einfangen leichtgläubiger Menschen für ihre Zwecke nicht gerade vornehm denken, ist hinreichend bekannt, daß sie aber jetzt nach dem verunglückten Hochverratsversuch ihres Freundes Kapp ihre Werbearbeit anonym betreiben, dürfte weniger bekannt sein. Es erscheint deshalb notwendig diese Art der Werbetätigkeit gebührend als das zu kennzeichnen, was sie ist, als einen Akt der Feigheit, die sich bekanntlich stets unlauterer Mittel bedient.

Vor mir liegt ein Flugblatt mit der Aufschrift: „Eine Stimme aus dem Volk!" Ein Verfasser oder Herausgeber ist nicht genannt, ein Zeichen, daß es mit dem Inhalt dieses Flugblattes nicht weit her sein kann. Wer Behauptungen aufstellt muß für sie gerade stehen. Verschweigt er seinen Namen und läßt ein solches Flugblatt nicht erkennen wer es geschrieben oder herausgegeben hat, dann ist der Gimpelfang von vornherein klar ersichtlich.

Das Flugblatt ist mir von einem Verbandskollegen aus Stettin zugeschickt worden, es ist aufgegeben beim Postamt Berlin SW 68 und veröffentlicht einen Brief, den ein „Metallarbeiter" geschrieben haben soll. Der Inhalt dieses Briefes ist kurz folgender: Der Schreiber desselben ist zehn Jahre auf einem städtischen Werk beschäftigt, auf welchem Werk wird nicht gesagt. Er ist erschrocken über die Vorgänge in der Kappwoche, aber nicht über den Hochverrat, sondern über den Generalstreik, der zur Niederzwingung dieses Hochverrats einsetzte, und er habe erklärt, daß er als alter Gewerkschaftler nicht gewohnt sei, einen politischen Streik mitzumachen. Dadurch habe er sich die Feindschaft seiner Mitarbeiter zugezogen. Es kann hier nicht darauf ankommen, die Gründe anzuführen, weshalb auch die Gewerkvereine sich an diesem Generalstreik beteiligten. Der außerordentliche Vorgang erforderte selbstverständlich auch das außerordentliche Mittel des Generalstreiks, ohne den die schnelle Beseitigung der Usurpatoren nicht möglich gewesen wäre. An der grundsätzlichen Stellung der Gewerkvereine zum politischen Streik ändert das gar nichts, aber wer sich in ernsten Augenblicken, die schleuniges Handeln erfordern, an Formalitäten klammert, der wird niemals zu seinem Ziele kommen.

Dann sagt der „Metallarbeiter" in dem Flugblatt weiter, daß er früher Anhänger des Freisinns gewesen sei. Durch die Ereignisse vom November 1918 wurde er „November-Sozialist", so bezeichnete er sich selbst und gibt damit vor aller Welt kund, daß er aus Angst in der Novembertagen seine Ueberzeugung gewechselt hat. Aber damit nicht genug! Heut gehört er zur Deutschnationalen Volkspartei und er kann aus seinem Herzen keine Mördergrube machen, auch wenn er sich noch viele Anfeindungen der Arbeiterschaft zuziehen wird. Damit hat der Mann den Beweis geliefert, daß er nicht nur in seiner Gesinnung recht wandelbar ist, sondern daß er auch das Pferd beim Schwanz aufzäumt, daß er Ursache und Wirkung verwechselt. Doch das ist schließlich seine eigene Sache, jedenfalls kann man der Deutschnationalen Volkspartei zu ihrer Errungenschaft, einen „Konzessionsschulzen" in der Person dieses wandelbaren „Metallarbeiter" als Anhänger gewonnen zu haben, nur gratulieren. Wenn dem Briefschreiber diese Zeilen zu Gesicht kommen sollten, sofern der Name nicht nur in der Phantasie des anonymen Flugblattschreibers existiert, dann bitte ich ihn recht sehr, sich mir zu erkennen zu geben. Ich garantiere ihm volle Redefreiheit und volle Unverletzlichkeit seiner Person und darf wohl erwarten, daß er als mein Verbandskollege einer mündlichen Auseinandersetzung nicht aus dem Wege gehen wird. Das ist er schon seiner Gewerkvereinssache gegenüber schuldig.

Dann beschäftigt sich der anonyme Flugblattschreiber aber auch noch mit den bestehenden Verhältnissen, wobei er Wahres mit Falschem anmutig vermischt und damit die Zerfahrenheit nur noch vergrößert. Er stellt die Leute, die zum Generalstreik aufgefordert haben, mit den Bolschewisten in Rußland auf eine Stufe. Er will glauben machen, daß zum „internationalen" Generalstreik aufgefordert worden sei, was

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200409018/fragment/page=0001

völlig unwahr ist, und daß wir hierbei von den anderen Völkern im Stich gelassen worden seien. Er geht soweit zu behaupten, daß die Steuergesetze eine „Folgeerscheinung des von den linksstehenden Parteien verursachten Umsturzes am 9. November 1918 sei, statt der Wahrheit die Ehre zu geben und diese Steuergesetzgebung als das zu kennzeichnen, was sie ist, eine Folgeerscheinung des verlorenen Krieges, an dessen Ausbruch und Verlängerung die Herren Deutschnationalen ein voll gerüttelt Maß von Schuld tragen. Die Verlogenheit des anonymen Flugblattschreibers geht aber noch weiter. Der bekannte „Dolchstoß von hinten" darf nicht fehlen, und so heißt es: „Hört nicht auf Schlagworte der Verräter, die unserer vom Feinde unbesiegten Armee meuchlings den Todesstoß versetzt haben, denen wir diesen Frieden und diese Zustände zu danken haben". Das heißt denn doch die Geschichte in tollster Art fälschen. Gerade die Herren von der Rechten sind es ja gewesen, die durch ihre Annexions- und Machtpolitik den Krieg herbeigeführt, jede Möglichkeit eines annehmbaren Friedens rechtzeitig verhindert und die damit zu den Zuständen getrieben haben, unter denen wir heut so jammervoll leiden müssen. Schämen sich diese Herrschaften jetzt ihrer Missetaten, indem sie durch plumpe Geschichtsfälschung die Dinge verdrehen und das Volk in dem Glauben an sich selbst irre machen wollen? Haben sie die Niedertracht des Kapperbrechens schon vergessen, das unser Elend und den Jammer unseres Volkes immer noch vergrößert hat? Das deutsche Volk wird die Quittung auf derartige sophistische Kunststücke bei den nächsten Wahlen schon geben, dafür werden wir Sorge tragen. Da werden auch die Briefe eines fingierten „Metallarbeiters" nichts ändern, der irgendwo vorhanden sein soll. Die Arbeiterschaft wird sich durch derartige Gimpelfängereien nicht irre machen lassen; sie hat langjährige Erfahrungen auf diesem Gebiet!

Zum jüngsten Plakat der Deutschen Volkspartei.

Gedanken eines demokratischen Lesers.

Man schreibt uns:

Gehe ich da am Freitag durch die Straßen Halles spazieren. Im Vorbeigehen fällt mein Blick auf eine Plakatsäule: was Teufel, da hängt doch wieder ein Anschlag, der aussieht wie der vom vorhergehenden Sonntag! Ach, denke ich, die deutsche Volkspartei ist in sich gegangen und benutzt den Charfreitag, den Tag der alles erlösenden Nächstenliebe, zu einem Ruf an das Bürgertum zur Versöhnung und Einigung. Ach du lieber Gott, die Enttäuschung! Ich lese: noch einmal wird von den sterbenden Kindern und Kranken geredet; diese Melodie kennen wir schon vom vorigen Plakat. Weiter! „Die Demokratie, die in ihrer Geburtsstunde mit dem Anspruch auftrat, daß sie die einzige bürgerliche Partei sei, ..." Sehr richtig! Kann mir der Herr Verfasser des Anschlags eine andere bürgerliche Partei nennen, die in den Novembertagen 1918 Farbe bekannt hat? Krochen nicht zunächst die meisten bei der Deutschdemokratischen Partei unter? Brauchten ihre späteren Gegner nicht erst einmal ein paar Wochen, um einen für das Volk zugkräftigen Namen zu finden? — Dann erscheint wieder einmal das sattsam bekannte Bild vom „Dolchstoß". Dieses Mal ist der Generalstreik, bei dem die Deutsche demokratische Partei angeblich Helfershelferin war, der „Dolchstoß in den Rücken des Bürgertums". Daß die Tat der Herren Kapp und Lüttwitz der schlimmste „Dolchstoß in den Rücken" des ganzen deutschen Volkes, bei dem man soeben die ersten zarten Anfänge einer Genesung sehen konnte, ist, verschweigt der Herr Verfasser bescheiden. Daß mit diesem Stoß der Generalstreik als Abwehrschlag naturnotwendig folgen mußte, dürfte doch jedem politisch Denkenden im voraus klar gewesen sein. Daß dann nach Kapps Sturz gerade in Halle die Deutsche demokratische Partei, an ihrer Spitze Herr Dr. Schreiber, mit aller Energie auf den Abbau des Generalstreiks hinwirkte, verschweigt der Herr Verfasser gleichfalls. — Und bedeuten die beiden Plakate der Deutschdemokratischen Partei, die planmäßig die Bürger gegeneinander zu verhetzen suchen, nicht auch ein fortgesetztes Herumfuchteln mit dem Dolch?

Dann aber plätschert man munter weiter von Phrase zu Phrase! „Die deutsche demokratische Partei hat die Arbeit entsittlicht." Welch schöne Erfindung des Herrn Verfassers! „Die Deutsche demokratische Partei ist die Hüterin der Grundsätze des entschiedenen Liberalismus." Bloß merkt man in der Praxis nichts davon! „Deutsch-demokratisch heißt gewissenlos um politischen Gewinns willen, — Deutsche Volkspartei heißt idealistisch denken, idealistisch handeln." Gut gebrüllt, Löwe! Dazu paßt dann hervorragend der folgende Schluß mit dem freundlichen Hinweis auf die erbetenen Neuanmeldungen im Parteibureau der Deutschen Volkspartei. Alles nur aus Idealismus, versteht sich, keine Spur von Suchen nach Parteigewinn! I wo; wers nicht glaubt, bezahlt einen Taler.

Ich konnte mich, je weiter ich las, eines herzlichen Schmunzelns nicht enthalten und stellte mit Befriedigung auch bei anderen Lesern, die ich da und dort vor den Plakatsäulen stehen sah, den gleichen Gesichtsausdruck fest. Der sollte wohl sagen: „Der Herr Verfasser tut der Bürgerschaft von Halle unrecht; so dumm ist sie doch wirklich noch nicht."

Wir aber beglückwünschen die Deutsche Volkspartei zu diesem Reklamechef; jedes andere Unternehmen würde freilich wohl händeringend auf ihn verzichten.

Beurteilung der deutschen Protestnote.

WTB. **Amsterdam**, 8. April. „Allgemeen Handelsblad" meldet aus Paris, in den Wandelgängen der Kammer werde die Protestnote der deutschen Regierung von den Abgeordneten allgemein als unverschämt bezeichnet. Man sei der Ansicht, die Note werde zur Folge haben, daß die Alliierten besser begreifen würden, wie sehr Frankreich im Rechte gewesen sei, als es die deutsche Herausforderung im Ruhrgebiet so beantwortete. Man befaßt sich mit dem Plan, nach dem Abmarsch der deutschen Truppen aus dem Ruhrgebiet den Engländern dort freie Hand zu lassen und hierauf die besetzten Städte wieder zu räumen.

Millerands Anklagen.

WTB. **Paris**, 7. April. Die Tagesordnung der heutigen Botschafterkonferenz bildete die deutsche Note vom 3. und 6. April. Millerand teilte eine Note an den deutschen Geschäftsträger mit, in der es u. a. heißt: Vor der Besetzung der Städte Frankfurt usw. habe die französische Regierung ihre Verbündeten benachrichtigt, Frankreich sei gewillt, das enge Bündnis mit den Alliierten aufrecht zu erhalten und wenn es sich einer Verletzung des Friedensvertrages gegenübersieht, aus eigener Kraft zu handeln, wie verschiedene Vorfälle bewiesen hätten. Am 29. März hätte Göpert erklärt, daß seine Regierung keine Möglichkeit sehe, ohne Genehmigung der französischen Regierung Truppen in das Ruhrgebiet zu schicken. Am 29. März habe Millerand bestätigt, daß die Ermächtigung nur gegeben werden könnte, wenn gleichzeitig französische Truppen Frankfurt, Darmstadt, Homburg, Hanau und Dieburg besetzen dürfen. Am. 3. April hätte Göppert bekanntgegeben, daß Truppen in größerer Stärke als erlaubt in das Ruhrgebiet einmarschiert wären und hätte formelle Genehmigung erbeten. Gleichzeitig habe Unterstaatssekretär Haniel in Berlin dem Vertreter des Generals mitgeteilt, daß Reichskommissar Severing volle Handlungsfreiheit über die Truppen im Ruhrgebiet habe. Die französische Regierung habe den Alliierten die Verletzung des Artikels 44 mitgeteilt.

Alle Alliierten hätten die militärische Besetzung des Ruhrgebiets als unnötig und gefährlich betrachtet. Die Initiative dazu müsse der deutschen Militärpartei zugeschrieben werden. Die Militärregierung Kapp und die Militärpartei hätte sie ergriffen trotz starker Einwände selbst im Schoße der deutschen Regierung. Frankreich hätte sich einer Maßnahme gegenüber gesehen, für die die deutsche Regierung die formelle Verpflichtung eingegangen wäre, sie nicht ohne Ermächtigung auszuführen.

Die französische Regierung sei entschlossen, die Besetzung aufzuheben, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone verlassen hätten. Millerand seinerseits schließe den Gedanken eines wirtschaftlichen Zusammenarbeitens nicht aus, aber die Grundbedingung sei, daß die deutsche Regierung zunächst den Beweis ihres guten Willens erbringe, indem sie ihren Verpflichtungen nachkäme. Am 29. März hätte ferner Millerand dem deutschen Geschäftsträger seine Absicht bestätigt, eine Aera neuer Beziehungen mit Deutschland auf dem Wege wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu bringen. Eine Anregung in diesem Sinne würde bei ihr die günstigste Aufnahme finden. Unter gewissen Umständen könnte die Initiative von Frankreich aus kommen.

Eine Ententekommission im Ruhrgebiet.

Dortmund, 8. April. (Eigene Drahtnachricht.) Im Auftrage des Obersten Rates hat sich eine Anzahl der in Berlin weilenden Offiziere der Ententekommission in das Ruhrgebiet begeben, um sich von dem Stand der Dinge aus eigener Beobachtung zu überzeugen und die Notwendigkeit der von der deutschen Regierung getroffenen Maßnahmen nachzuprüfen. Aufgabe der im Ruhrgebiet eingetroffenen Offiziermission wird es sein, festzustellen, wie lange die Anwesenheit der Reichswehrtruppen in der neutralen Zone zur Sicherung der Ruhe und Ordnung und zur Durchführung der Waffenabgabe erforderlich ist.

Die Reichsregierung hat Kommissionen der von der Spartakistenherrschaft besonders heimgesuchten Gebiete nach Berlin einberufen, um sich aus deren Aussagen eine Unterlage für die Maßnahmen zu bilden, die getroffen werden sollen, um in Zukunft eine Wiederkehr von spartakistischen Putschen zu verhindern. Aus dem Wehrkreisabschnitt Wesel ist eine Kommission nach Berlin abgefahren, die sich aus Mitgliedern der Mehrheitssozialisten zusammensetzt. Die Städte Duisburg-Oberhausen, Dinslaken und Mülheim entsenden je einen Vertreter zu dieser Kommission. Die wird dem Reichskabinett ein Bild der Vorgänge der letzten Zeit entwerfen.

Die „Einigkeit" innerhalb der Entente.

WTB. **Amsterdam**, 8. April. Der „Telegraaf" meldet aus London: Bezüglich der Haltung des englischen Kabinetts gegenüber der Besetzung hessischer Städte wurden verschiedene Berichte veröffentlicht. „Evening Standard" behauptet, daß gewisse Minister die Besetzung neuer deutscher Städte durch die Franzosen ernst auffassen. „Evening News" dagegen bemerken, daß die Berichte aus Washington und Rom, wonach England und Amerika einen anderen Standpunkt einnehmen sollen als Frankreich, vollkommen unrichtig seien. Dem Blatte zufolge hat Lord Derby, der englische Botschafter in Paris, den Auftrag erhalten, auf der Friedenskonferenz vollkommen klar zu stellen, daß die britischen Staatsmänner die Lage in Deutschland von demselben Standpunkt aus betrachten und unstreitig mit Frankreichs Haltung sympathisieren. Lloyd George habe Lord Derby ermächtigt, dies in Paris darzulegen. Es besteht kein Grund zur Annahme, daß er den von Frankreich unternommenen Schritt nicht billigen wird. Die „Times" melden, daß bei der Besprechung zwischen der französischen und englischen Regierung über die Besetzung der deutschen Städte vollständige Uebereinstimmung erzielt werden wird.

Eine wichtige Tagung der Nationalversammlung.

Berlin, 8. April. **(Eigene Drahtnachricht.) Auf der Tagung der Nationalversammlung am Montag stehen die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die Vorgänge im Ruhrgebiet und den französischen Einmarsch in den Maingau. Die Parteien werden eine gemeinsame Entschließung annehmen, die den französischen Vormarsch als Friedensbruch kennzeichnet und an den**

Ein expressionistischer Pubertätsroman.

Hans Fallada: „Der junge Goedeschal."

Die Entwicklungsromane der vergangenen Jahrzehnte, von Paul Jlg. Hermann Hesse, Karl Borromäus Heinrich, Oskar A. H. Schmitz, Friedrich Huch, bedeuteten anderen Romanen gegenüber keinen Fortschritt. Sie sind die Werke von Dichtern, denen der Uebergang in seinem ahnungslosen Drängen und Leiden auch dann noch bedeutungsvoll erschien, als er längst überwunden war. In die Seele des Kindes kann sich fast jeder hineinversetzen, der seinen Tag nicht nur mit dem Erwerb und dem Zur-Geltung-Bringen seiner Person verbringt. Das Erfassen der Uebergangsjahre dagegen ist den meisten Dichtern schon darum unmöglich, weil in ihnen nach der Ueberwindung das Reifen schnell in den Hintergrund trat und langsam gänzlich vergessen wurde. So beruht der größte Teil der Entwicklungsromane nur auf einer Neukonstruktion und steht schon darum der Kunst fern. Wo dies nicht der Fall ist, da war das Gären meist schmerzhaft und tragisch dargestellt. Es erschien idealistisch oder äußerlich-wahrhaft und erfaßte die Gefühle doch nicht in ihrem Kern.

Zieht man das alles in Betracht, so bedeutet der Pubertätsroman „Der junge Goedeschal" von Hans Fallada — Verlag Ernst Rowohlt in Berlin — das erste Werk einer neuen Kunstrichtung und gleichzeitig einen Weg zum Studium für Aerzte und Pädagogen. Hans Fallada, vermutlich ein sehr junger Dichter, begleitet die Pubertät vom Anfangsstadium an. Er verfolgt sie annähernd bis zur Reife. Er nimmt ein ungemein sensitives Objekt und da er das Leid der Pubertät als besonders hart empfindet, so wählt er einen besonders konventionellen Rahmen. Zum Herausstreichen der Kontraste. Der junge Goedeschal ist der Sohn eines Staatsrats, eines in aller Konvention befangenen Mannes, und einer ihren Gatten durchaus liebenden Mutter, für Fallada einer Frau, die wegen ihrer Zugehörigkeit zum Mann die Seele des heranreifenden Sohnes nicht erfassen kann. Er selbst, der junge Goedeschal, ist ein Mensch, der nicht aus Widerspruch zur Allgemeinheit und dem Abgedroschenen, sondern aus angeborener Regierung jeder Autorität und aller Autoritätsgefühle nicht auf das Tatsächliche achtet, auch nicht auf die Gefühle der Sentimentalität und der konventionellen Vornehmheit, nicht auf Worte, sondern nur auf die Erlebnisse des Unterbewußtseins. Er ist ein Mensch, der „jenseits von Gut und Bös" steht und dessen Gefühle den Menschen der Gesellschaft erschrecken müssen, dessen Gefühle im Rahmen der Konvention abscheulich erscheinen müssen. Nicht minder seine Handlungen und nur wer Geistes- und Gefühlsfreiheit in meistem Sinn zu würdigen versteht, versteht diesen Roman, in dem der Held mit dem Messer auf Kameraden einsticht, in dem der Junge seine Lehrer höhnt, Vater und Mutter verachtet, dem Mädchen, das er liebt, niederträchtige anonyme Briefe gegen sich selbst schreibt, Bücher stiehlt.

Expressionistische Psychologie, die wohl kaum übertroffen werden wird.

In dieser Freiheit ist auch die Form durchgeführt. Schranken- und rückhaltlos. Der Dichter scheut kein Wort, kein Satzgebilde, keine Gedankenassoziation, wenn sie noch so häßlich erscheinen. Er kennt den Leser nicht, achtet ihn nicht, geht nicht über ihn hinweg, mokiert sich nicht über ihn. Er weiß nichts von seiner Existenz. Geht der Leser nicht auf den Depeschenstil des Unterbewußtseins ein und folgt er nicht den verschleierten Bildern verborgener Schönheiten, so kann er den Vorgängen und Stimmungen der Seele noch weniger folgen. Kann er sich in die Sprache hineinleben und auch in die Vorgänge und Gefühle, so öffnen sich ihm weite Blicke in die Welt des Wahrhaften. Ganz abgesehen davon, daß er eine Dichtung zu fühlen bekommt . . .

Martin Feuchtwanger.

Reißt die Kreuze aus der Erden!

Das ist der Titel der 6. der unter dem Sammelbegriff „Umsturz und Aufbau" zusammengefaßten Flugschriften, die der Rowohlt-Verlag (Berlin) herausgab. Wir haben uns daran gewöhnt, von diesem Verlag nur gutes und gediegenes, zu bekommen. Diesmal ist es Herwegh, der Champagnertropfen im deutschen Blute des Jahres 1848, der zu Worte kommt. Georg Büchner, Walter Hasenclever, Rudolf Leonhard, Karl Marx, Stefan Großmann — die Verfasser der 5 ersten Flugschriften — Georg Herwegh und Johannes R. Becher — der Verfassers des jetzt folgenden 7. Büchleins — sind alles klingende Namen; mit ihnen ist ein ganz spezifischer Gedanke oder sagen wir Begriff verbunden: der Begriff der politischen Dichtung. „Die deutsche Geschichte ist bestimmt durch die unheilvolle Trennung von Geist und Politik"; mit diesen bezeichnenden Worten leitet Paul Mayer das Vorwort zu der Auswahl Herweghscher Gedichte ein. Die stillschweigende Folgerung ist die, diesen sogenannten Fehler in Zukunft zu vermeiden. Als Beispiel soll das vorliegende Büchlein dienen; dementsprechend ist die Auswahl der Gedichte in bezug auf ihren tendenziösen Gehalt meisterhaft getroffen.

Man muß zugeben, daß wir bei Herwegh zum ersten Male Keime einer politischen Literatur von Rang finden. Die Frage ist nur, ob Paul Mayer mit dem oben genannten Grundsatz recht hat. „L'art pour l'art", das ist ein Satz, den man nie vergessen sollte. Die Geschichte des deutschen Volkes gipfelt nicht wie die des englischen und französischen in politischen Genies; kann man deshalb uns Deutschen eine größere Geistesarmut vorwerfen als unsern politisch geschulten Nachbarn? Wohl kaum.

Liest man Herweghs lebendurchglühte, kampfesfreudige Gedichte, so glaubt man, einen zu hören, der unsere Zeit miterlebt hat. Deshalb haben sie ja auch gerade in der Flugschriftensammlung Platz gefunden. Warum wurde Herwegh so schnell vergessen und als rhetorischer Tendenzpoet abgetan? Weil man ihn zu seiner Zeit noch nicht verstand. Er sang einen aähnenden Volke den Rausch seiner Marseillaisen ins unwillig lauschende Ohr. Heute würde man ihn besser verstehen, heute gähnt das Volk nicht mehr wie vor mehr denn 50 Jahren. Denn das Volk ist politisch geschult worden in der Zwischenzeit; seit den Tagen des Naturalismus haben sich zuerst im bescheidenen, seit der Morgenröte des Expressionismus in immer steigendem Maße Geist und Politik die Hand gereicht. Herr Paul Mayer wird dies freudig begrüßen, wir müssen uns gegen diese unheilvolle Wendung in der Geschichte der deutschen Geisteslitteratur entschieden zur Wehr setzen. So wie die Kunst in den Dienst der durch und durch realen Politik gestellt wird, verliert sie ihre hohen Ideale, den allgemein menschlichen pädagogischen Unterton, der zur parteipolitischen, engherzigen und engbegrenzten Belehrung herabsinkt. Blicken wir auf Goethe, der sich vor dem Genie eines Napoleon beugte, der den geknechteten Völkern zurief: „Rasselt nur an euern Ketten" und dabei doch deutsch war in seinem Fühlen und Denken; deutsch in seinem ureigensten Wesen!

Herweghs Lyrik ist in der Form vollendet. Die Abwechslung im Versbau, und dann doch wieder die strenge Gebundenheit an die jeweils gewählte Versform zeigen, wie meisterhaft Herwegh die Technik des Verses beherrscht. Leicht und flüssig gleiten die Strofen dahin, nichts Ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200409018/fragment/page=0002

Völkerbund einen Appell richtet. Die Aussprache dürfte sehr lebhaft werden, da die Parteiführer auf dem Standpunkt trieben, daß die französische Politik es Deutschland unmöglich macht, seinen Wiederaufbau zu vollziehen und seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag gerecht zu werden. Die Regierung wird der Entente sofortige Abänderung der Friedensvertrages über die Behandlung der neutralen Zone vorschlagen.

Der teure häusliche Herd.

WTB. Hagen, 8. April. Der Verband deutscher Herdfabrikanten hat den Teuerungsaufschlag auf die Mindestpreise bei emaillierten Herden auf 700, bei lackierten Herden auf 800 Prozent mit sofortiger Wirkung erhöht.

Neue Verordnungen.

WTB. Berlin, 8. April. Der „Reichsanzeiger" bringt eine Verordnung über die Heraufsetzung des Grundlohnes und die Ausdehnung der Versicherungspflicht der Krankenversicherung.

Eine Verherrlichung Hölz'!

WTB. Plauen, 8. April. Gestern abend fanden hier wieder große Versammlungen statt, in denen die letzten Vorgänge besprochen und die Stellungnahme der organisierten Arbeiterschaft festgelegt wurde. In einer der Versammlungen erschien plötzlich Hölz und erklärte, daß man in einer am Nachmittag abgehaltenen Versammlung versucht habe, ihn zu bestimmen, seine Tätigkeit einzustellen und sich ins Ausland zu begeben. Nach stürmischen Auseinandersetzungen wurde ein Antrag, in dem das Vorgehen Hölz als für die Arbeiterschaft schädlich bezeichnet wurde, abgelehnt und eine Resolution angenommen, in welcher die Handlungen des Hölz gutgeheißen und als dem Interesse der revolutionären Arbeiterschaft dienend bezeichnet wurden.

Generalstreik in Norditalien.

WTB. Rom, 8. April. Nach Blättermeldungen wurde in Pisa, Florenz und Livorno der Generalstreik proklamiert. Auch die Eisenbahner nehmen am Streik teil.

Deutsches Reich.

Recherchen nach Gefangenen in britischer Hand.

Berlin, 7. April. Nach Mitteilung der britischen Regierung werden Nachfragen nach ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen in britischer Hand in Zukunft von den britischen Behörden nicht mehr beantwortet werden. Abschriften der wöchentlich aufgestellten britischen Listen über Gefangennahme, Todesfälle, Verlegungen, Ueberführungen in Lazarette usw. werden dem Zentral-Nachweise-Amt für Kriegsverluste und Kriegergräber, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48, zugehen, an das daher alle Anfragen in Sachen der bezeichneten Kriegsgefangenen zu richten sind.

Einer weiteren Mitteilung der britischen Regierung zufolge sollen Listen über die den ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen in britischer Hand zustehenden Geldbeträge aufgestellt und der deutschen Regierung übermittelt werden. Diese Listen werden die Endbeträge der für die einzelnen Gefangenen sich ergebenden Guthaben enthalten. Eine bare Auszahlung der Guthaben wird britischerseits nicht erfolgen. Die Beträge werden vielmehr an der allgemeinen Abrechnung zwischen den beiden Regierungen teilnehmen.

Ausland.

Bolschewistischer Vorstoß gegen Finnland?

Amsterdam, 8. April. Laut „Telegraaf" melden die „Times" aus Abo, daß die bolschewistischen Truppen bei Olonetz sich versammeln. Der finnische Minister des Auswärtigen und der Vorsitzende des finnischen Parlaments sind von Helsingfors nach London gefahren.

---

zwungenes, kein Ringen mit der Form ist in den Gedichten zu bemerken.

Das nationale Empfinden, das um 1840 herum das Doppelideal von Deutschlands Freiheit und Deutschlands Einheit schuf, wird in seinen Gedichten durch Negation und Internationalismus überwuchert. Wohl wünscht er Deutschlands Größe — natürlich nicht im imperialistischen Sinne der letzten Jahrzehnte mit ihren Flottenvorlagen und Kolonialgründungen — wichtiger ist ihm aber das Geschick der Menschheit. Für ihn gibt es nur einen Ruf: „Vive la république!" Er kann heiß lieben, aber noch heißer hassen.

„Wir haben lang genug geliebt
Und wollen endlich hassen!"

heißt es in einem seiner Gedichte. Haß den Reichen, Krieg den Palästen, Friede den Hütten und Liebe zu denen, von denen es heißt: „Tous are mann, then are few." (Eurer sind viele, ihrer sind wenige.) Die Erkenntnis, daß aus den Hütten einzig das Heil der Welt kommen könne, ist dem Manne mit dem prophetischen Blick schon frühzeitig gekommen. Schon 1842 schrieb er: „Mit der liberalen Bourgeoisie werden wir nie siegen, wir müssen die Sympathie der Massen suchen, sonst geht es nicht." Seit jener Zeit machen sich in seinen Gedichten die Anfänge einer sozialen Poesie bemerkbar. Seit dieser Zeit war es klar, daß Herwegh eine Zukunft haben würde, wenn Deutschland eine Revolution erlebte. Deutschland erlebte aber keine, die Bewegung von 1848 war nur das Zerrbild einer solchen. Seit dem kläglichen Fiasko dieses tragikomischen Revolutionsversuches wendet er sich mehr und mehr den Entrechteten der Menschheit, den Arbeitern zu.

Das ist in der Flugschrift sehr deutlich zu verfolgen, da bei einer großen Anzahl der Gedichte die Jahreszahl ihrer Entstehung angegeben ist. Herwegh kannte den Arbeiter, liebte ihn mit allen Fasern seines Herzens und kannte vor allem seine Macht — eine damals noch ungewöhnliche Tatsache. Wie eine Prophezeiung auf unsere Tage mit ihren Generalstreiks lauten seine Worte:

„Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will."

Auch wer mit Herweghs Gedankengänge nicht einverstanden ist, wird die sprachliche und versteckmäßigen Formvollendung der Gedichte von Herwegh zu würdigen wissen.

C. H. Barnick.

Halle und Umgegend.

Halle, den 9. April 1920.

Gesamtsitzung der Handelskammer zu Halle.

(Schluß.)

Der Präsident führte in seinem Bericht über den

Geschäftsgang des vergangenen Jahres

folgendes aus: Im abgelaufenen Jahre hatten Handel und Industrie mit so außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage häufig geradezu als völlig hoffnungslos anzusprechen war. Mangel an Kohlen und Rohmaterialien, Verkehrsschwierigkeiten und erhebliche Verteuerung des Verkehrs, die Kursgestaltung der deutschen Valuta, all das wirkte außerordentlich hemmend auf den Gang des Wirtschaftslebens ein. Dazu kamen wenigstens in der ersten Hälfte des Jahres noch die Zurückhaltung der Verbraucher in der Vergebung von Aufträgen und weiter die Verhältnisse in der Arbeiterschaft. Die Arbeitslust bewegte sich in den ersten Monaten des Jahres ständig abwärts. Ende Februar wurde von der Arbeiterschaft der Generalstreik proklamiert, welcher Handel und Gewerbe unseres Bezirkes aufs empfindlichste beeinträchtigte und dessen hemmende Wirkungen in den nächsten Monaten nur langsam überwunden werden konnten. Später haben Streiks aus verschiedenen, teils politischen, teils wirtschaftlichen Anlässen von wechselndem Umfange noch wiederholt Betriebsstörungen hervorgerufen.

Gegen Ende des Jahres haben sich die Verhältnisse gebessert; die Arbeitsfreudigkeit ist gestiegen; der Einfluß der Verhetzung hat nachgelassen; der Abschluß von Tarifverträgen und die Anpassung der Arbeitsbedingungen an die gesteigerten Schwierigkeiten der Lebenshaltung haben den Arbeitsfrieden fördern und festigen helfen. Erschwerend bleibt, daß Ueberstunden auch in Fällen dringender Notwendigkeit, fast durchweg grundsätzlich abgelehnt wurden. Eine besondere Beeinträchtigung liegt in dem dauernden Mangel an guten Facharbeitern und in der Unruhe, die die Anziehungskraft großer Betriebe mit günstigen Lohn- und Versorgungsbedingungen in der Arbeiterschaft weniger begünstigter Betriebszweige hervorgerufen hatten. Die Herabsetzung der Arbeitszeit hat zur Vermehrung der Arbeitskräfte und damit zu Ansiedelungsschwierigkeiten geführt, die unter großem Aufwand nur langsam überwunden werden können. Die von großen Werken übernommene Versorgung ihrer Arbeiterschaft gestaltet sich immer schwerer.

Auch die Angestelltenschaft schloß sich nach dem Umsturz mehr der Gewerkschaftsvertretung an. Man kam zum Abschluß von Tarifverträgen, die für einen großen Bruchteil der Angestellten für allgemein verbindlich erklärt worden sind und deren Durchführung mit Hilfe des Einigungsverfahrens im allgemeinen als glücklich angesehen werden kann. Der Tarifvertrag für die kaufmännischen Angestellten in Halle und dessen näherer Umgebung kam unter unserer Mitwirkung zustande.

Zu den einzelnen Industriezweigen unseres Bezirkes übergehend, ist folgendes zu bemerken: der Braunkohlenbergbau hat während des Jahres eine leidliche Versorgung der Betriebe mit Brennstoffen möglich gemacht; doch hat die Förderung mit Rücksicht auf ungenügende und unregelmäßige Abfuhr durch die Eisenbahnen wiederholt beschränkt werden müssen.

Im Kalibergbau haben infolge ungenügender und unregelmäßiger Zuweisung von Steinkohle einige Gruben dauernd und andere zeitweilig stillgelegt werden müssen.

Die Lage im Silber- und Kupferbergbau hat sich erträglich gestaltet, leidet aber unter unsicheren Preisverhältnissen.

Im gesamten Bergbau leidet die Ergiebigkeit darunter, daß es infolge des Mangels an Eisen- und anderen Baumaterialien nicht möglich war, die im Kriege heruntergewirtschafteten Betriebsanlagen zu erneuern und wieder auf den Stand ihrer vollen Leistungsfähigkeit zu bringen.

Das gleiche gilt von der chemischen Industrie. Unter den Rohmaterialien fehlte es ihr hauptsächlich an Kalk, sodaß die günstige Geschäftslage, die sich aus der stark gesteigerten Nachfrage im In- und Ausland ergab, auch nicht annähernd ausgenutzt werden konnte.

Für die metallverarbeitenden Industrien galt es vor allem, ihre Betriebe bei Beginn des Jahres wieder auf Friedensarbeit umzustellen. Dies ist im allgemeinen rasch möglich gewesen, ausgenommen bei den mechanischen Werkstätten und Drehereien, die ganz neue Produktionen aufnehmen mußten und lange Zeit benötigten, um die erforderliche Betätigung zu erhalten.

In der Maschinenindustrie stand dem riesigen Bedarf des Inlandes und einer schon wieder weitverzweigten ausländischen Kundschaft der drückende Mangel an Eisen und Stahl, sowie an Brennstoffen gegenüber. Sand in Sand damit vollzog sich eine Preissteigerung, deren Ende nicht abzusehen ist. Die Deckung des Bedarfes wurde neuerdings noch dadurch erschwert, daß die Lieferung von Rohmaterial von der Rückliefer- ung von Schrott abhängig gemacht wurde, eine Maßregel, die zu einem preissteigernden Schieberhandel mit Schrott führen mußte.

Die im allgemeinen mit Aufträgen gut versehene Industrie der Steine und Erden litt unter Verkehrsschwierigkeiten und unter dem Mangel an Betriebsstoffen. In der Zementindustrie waren in dieser Richtung außerordentliche Schwierigkeiten vorhanden, die noch fortbestehen und zur Stillegung vieler Betriebe geführt haben. Der Zusammenschluß deutscher Syndikate hat eine gleichmäßige Verteilung der Beschäftigungsmöglichkeit erreicht und damit den Beteiligten vorläufig die Existenzmöglichkeit gesichert.

Wagenbau, Holz und Kindermagenindustrie und Papiergewerbe waren in der Deckung des auch hier außerordentlich gestiegenen Bedarfes auf die durch den Friedensvertrag geschwächte und durch den Brennstoffbedarf stark in Anspruch genommenen deutschen Holzbestände angewiesen; da Preisstand und Wärmung den Bezug ausländischen Holzes nahezu unmöglich gemacht haben; eine riesige Steigerung der Erwerbskosten und der Verkaufspreise ergab sich daraus ohne weiteres.

Unter drückenden Verhältnissen haben die von dem Ertrage der heimischen Landwirtschaft abhängigen Industrien gearbeitet. Die Zuckererzeugung ging unter dem auf Mangel an Düngemitteln und der Preispolitik der Regierung beruhenden Verminderung des Rübenanbaues weiter zurück. Die Mälzereien konnten sich bei einer Belieferung des bis herunter zu 2.0 Proz. des Friedensbedarfes an Gerste nur durch Hinzunahme der Herstellung von Nähr- und Futtermitteln und von Einlagerungsgeschäften lebensfähig erhalten. Nicht minder ungenügend war die Versorgung der Brauereien.

Im Textilgewerbe hat sich nach vorübergehender Besserung durch ausländische Einfuhr die Rohstoffknappheit weiter verschärft.

Das Druckereigewerbe war unter dauernder Preissteigerung der Hilfsstoffe und Erhöhung der Betriebskosten im allgemeinen gut beschäftigt.

Im Handel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln hat die einseitige Freigabe des Handels mit Hafer und Hülsenfrüchten zu einer ungeheuren Preissteigerung dieser Produkte geführt. Anfang September führte das Haferwucherverbot und die Zusage von Druschprämien für Weizen, Roggen und Gerste zu einer wesentlichen Erhöhung der Anlieferung in diesen Erzeugnissen.

Die Erzeugung von Superphosphat und Thomasphosphatmehl ist infolge des Verlustes der lothringischen und Saarwerke erheblich zurückgegangen. Im Eisengroßhandel hat sich unter dauerndem Mangel ausländischer Erzeugnisse und unter ungenügender Belieferung der im Inland öffentlich bewirtschafteten Erzeugnisse, verbunden mit dauernder Preissteigerung, ein guter Geschäftsgang entwickelt.

Im Lederhandel ist infolge der Freigabe des Leders eine wilde Preissteigerung entstanden, die jedoch nicht imstande war, die Nachfrage auch nach feineren Waren einzudämmen.

Ebensowenig hat im Textilwarenhandel die Nachfrage, die im Sommer infolge der Hoffnung auf Verbilligung durch ausländische Einfuhr abgeflaut, dann aber dauernd gestiegen war, durch die riesige Preissteigerung eine Abschwächung erfahren.

Im Versicherungsgewerbe hat ein lebhaftes Neugeschäft angehalten, doch ist das Geschäftsergebnis durch dauernde Steigerung der Verwaltungskosten beeinträchtigt worden.

Auf dem Geldmarkte ist im Herbst die in den letzten Jahren herrschende Geldflüssigkeit in ein ebenfalls ganz entsetztes Geldbedürfnis umgeschlagen, demgegenüber sich der Zufluß an Barmitteln eingeschränkt hat, beides wohl folgend der Notwendigkeit, Rohstoffe und Lebensmittel in größerem Umfange zu beschaffen. Die Arbeitsbelastung ist ungeheuer, die Unkosten sind erheblich gewachsen.

Was die Arbeiten unserer Kammer betrifft, so brachte das Jahr 1919 eine Fülle von Arbeitsstoff. Neben den laufenden Arbeiten waren es in der ersten Hälfte des Jahres besonders Fragen der Demobilisierung, welche uns beschäftigten. Im weiteren Verlauf des Jahres kamen neue Fragen hinzu, die Neugestaltung des Wirtschaftslebens durch Einführung der Betriebsräte usw., Handelskammerreform und nicht zu vergessen, Steuervorlagen. Die Einrichtung einer Steuerberatungsstelle richteten wir im Interesse unserer Bezirksinsassen für geboten und haben eine solche unter Leitung des Herrn Pfaffe ins Leben gerufen. Gegen Ende des Jahres befaßten wir uns mit einer Aenderung des Wahlstatutes; die ersten Wahlen nach dem neuen Wahlverfahren haben vor wenigen Wochen stattgefunden.

Seit einer Reihe von Jahren beschäftigen wir uns mit der Mittellandkanalfrage; jetzt scheint der Ausbau in greifbare Nähe gerückt zu sein und der Streit um die Linienführung ist in diesen Tagen mehr denn je entbrannt. Die Regierung hat in einer Denkschrift, die sie den beteiligten Kreisen übersandt hat, beide Linienführungen einer eingehenden Prüfung unterzogen, ohne jedoch Stellung zu der Frage der Linienführung zu nehmen. Mit persönlich scheint es jedoch, als ob die Durchführung der Südlinie mehr Aussicht auf Erfolg haben dürfte.

Ueber die Erhöhung

der Post- und Fernsprechgebühren

berichtete an Stelle des erkrankten Stadtrats Northe Bankdir. Mahlow. Die geplante Erhöhung des Briefporos auf 30 Pfg bis 20 und 50 Pfg. bis 500 Gramm bedeutet eine Schädigung von Industrie und Handel, nicht minder die Forderung daß im Telegraphenverkehr für Hauptanschlüsse 1000 Mk. und Nebenanschlüsse 200 Mk. von den Teilnehmern hinterlegt werden sollen. Referent stellte den Antrag, mit allen Mitteln bei der Nationalversammlung dahin zu wirken, daß der neue Tarif nicht durchgeführt wird. Auf Vorschlag des Präsidenten wurde der Antrag zur weiteren Beratung durch den Vorstand zurückgestellt.

Ein Antrag Richter, eine Umfrage bei den Lebensmittelhändlern zu veranstalten und den Magistraten vorzuschlagen, unter Umständen eine größere Preisspannung zuzulassen, wurde nach lebhafter Debatte angenommen.

Damit hatte die öffentliche Tagung, der eine geschlossene folgte, ihr Ende erreicht.

Vollversammlung der Handwerkskammer.

(Fortsetzung.)

Punkt 3 der Tagesordnung brachte den Nachtrag zu den Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens.

Der § 5 Abs. 2 erhält folgenden Wortlaut: „Diejenigen Lehrherren, welche der Innung nicht angehören, haben für die Anmeldung eines jeden Lehrlings bei der Einsendung der Lehrverträge oder der Lehrzeugnisse eine Einschreibegebühr von 5 Mk. an die Kasse der Handwerkskammer zu zahlen. Diese Einschreibegebühr erhöht sich auf 8 Mk. falls die Anmeldung erst ein Jahr nach Beginn der Lehre erfolgt." 2. Gemäß §§ 130 und 133a Gewerbe-Ordnung werden für das Bäcker-, Barbier-, Fleischer- und Konditorenhandwerk folgende Vorschriften über die Höchstzahl der Lehrlinge festgesetzt: „Ohne Gesellen dürfen nur zwei Lehrlinge beschäftigt werden mit der Maßgabe, daß der zweite Lehrling erst dann eingestellt werden darf, wenn der erste Lehrling bereits ein Jahr Lehrzeit zurückgelegt hat. Die Einstellung eines dritten Lehrlings ist nur gestattet, wenn in dem Betriebe ein Geselle beschäftigt wird. Für je zwei weitere Gesellen darf ein Lehrling mehr gehalten werden. Handwerker, welche bereits jetzt hiernach mehr Lehrlinge beschäftigen, dürfen diese, vorausgesetzt, daß der Tatbestand des § 128 Gew.-Ord. nicht vorliegt, auslehren."

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf einen Nachtrag zu den Meister-Prüfungsordnungen. § 4 erhält folgenden Zusatz: „Bei Kriegsbeschädigten kann die Handwerkskammer in jedem einzelnen Falle je nach der Verletzung des Prüflings besondere Erleichterungen gewähren." Diese Aenderung wurde besonders lebhaft begrüßt.

Punkt 5 brachte dann den folgenden Nachtrag zur Meisterprüfungsordnung für das Schornsteinfegerhandwerk. § 3 Absatz 1 erhält folgenden Wortlaut: „Jeder Prüfling hat vor dem Prüfungstermin eine Prüfungsgebühr von 50 Mark an die Kasse der Handwerkskammer einzuzahlen."

Punkt 6: Für das Elektroinstallations-Handwerk wird unter Zugrundelegung des Musters A der Meister-Prüfungsordnungen nachgen. Meisterprüfungsordnung festgesetzt. § 5 Abs. 2: „Als Meisterstück kommt vorzugsweise in Betracht: Herstellung einer Lichtanlage von mindestens 10 Brennstellen oder einer vollständigen Motoranlage einschl. der Anschlüsse für Zähler, Zuleitung usw. oder einer Schaltafel für mehrere Motoren und Apparate, oder einer Fernsprechanlage mit Linienwähler, Zentralumschalter oder Reihenschaltung, oder einer Akkumulatorenanlage, oder einer Motorenanlage mit selbsttätigem Anlasser, oder einer Fernmeldeanlage, oder einer elektrischen Uhrenanlage, oder sonstiger Anlagen, welche zum Arbeitsgebiet des Elektroinstallateurs gehören." § 10 Abs. 2: „Die theoretische Prüfung beginnt in der Regel mit einer Besprechung des Meisterstücks, der dazu gehörigen Zeichnungen und der Kostenberechnungen und soll sich ferner namentlich auf folgende Gegenstände erstrecken:

Feststellung des bei einer elektrischen Anlage erforderlichen Isolierungswiderstandes, Beleitung von Neben- und Erdschluß, Berechnung der Kraftstärke der elektro. Dynamomaschine in Verbindung einer Kraftmaschine.

Kenntnis der verschiedenen elektr. Stromarten, als Gleichstrom, Wechselstrom, Drehstrom, der Spannung und Stromstärke.

Kenntnis der Werkzeuge, Hilfsmaschinen, Apparate und Motoren, deren Handhabung und Arbeitsverrichtungen."

Ein Antrag Kleemann wurde angenommen, der verlangte, daß in der theoretischen Prüfung noch die Kenntnis der elektrischen Maßeinheiten fordert.

Punkt 7: Genehmigung des Rechnungsabschlusses von 1918. Vorstandsmitglied Meinecke gab den Rechenschaftsbericht, der einen Betrag in Einnahme von 71 711 Mark und Ausgabe von 66 670 Mark auswies. Es ergaß sich also ein Ueberschuß von 5041 Mark. Dem Vorstand wurde hierauf Entlastung erteilt.

Punkt 8: Betreffend Neuregelung der Beamtengehälter, wird durch folgenden Beschluß festgelegt:

Die Vollversammlung beschloß unter Aufhebung des Beschlusses vom 24. November 1910, eine Neuregelung der Beamtengehälter gemäß der demnächst zu erwartenden Besoldungsreform für die Reichs- bezw. Staatsbeamten, vorzunehmen unter Rückwirkung vom 1. April ab. Basisl. der Klassifizierung und der Festsetzung des Dienstalters der einzelnen Beamten — letzteres soweit dies nicht bereits geschehen ist — wird eine Kommission, bestehend aus dem Vorstand und acht Kammermitgliedern eingesetzt." — Im Etat werden 25 000 Mark eingesetzt, die zur Besoldungsreform bestimmt sind. In die Kommission werden gewählt die Herren: Anrecht, Hecht, Rühlemann, Wengler, Büttner, Ulrich, Kleemann und Zwanzig.

Punkt 9: Festsetzung des Haushaltsplanes für das Jahr 1919 wurden 146 000 Mk. in Einnahme und Ausgabe festgesetzt.

Nachdem noch einige interne Fragen erledigt worden waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Der deutschdemokratische Bezirksverein Halle-Merseburg schlägt folgende Mitglieder vor: Bertram, Gutsbesitzer, Nordgermersleben, Baer, Pressemanteleiter, Magdeburg, Dr. Bunde, Oberbürgermeister, Aschersleben, Dr. Conten, Oberbürgermeister

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200409018/fragment/page=0003

germeister, Nordhausen, Dachn, Oberbürgermeister, Weißenfels, Dornblüth, Parteisekretär, Halle a. S., Dr. Keil, Geh. Justizrat, Halle a. S., Kverlin, Seminarlehrer, Merseburg, Krüger, Stadtrat, Stendal, Kühn, Bürgermeister, Ranis, Meitz, Hauptlehrer, Mücheln, Miller, Kaufmann, Magdeburg, Dr. Reuß, Studienrat, Eilenburg, Rohde, Lehrer, Lupitz, Rollert, Prokurist, Erfurt, Rose, Bürgermeister, Hohenmölsen, Schleese, Mittelschullehrer, Wittenberg, Strutz, Bürgermeister, Genthin, Wilke, Maurermeister, Magdeburg.

Geheimer Sanitätsrat Professor Dr. Hugo Heßler ist hier im 70. Lebensjahr gestorben. Er war Privatdozent der Ohrenheilkunde an der Universität Halle und ist bekannt geworden durch eine Reihe fachwissenschaftlicher Schriften.

Selbstmord eines Auszuliefernden. Der praktische Arzt Dr. med. Meyer aus Stendal, der während des Krieges Militärarzt war, hat sich in Halle vergiftet. Dr. Meyer stand auf der Auslieferungsliste und war beschuldigt worden, als Arzt in einem Gefangenenlager Uebergriffe begangen zu haben.

Provinzial-Nachrichten.

Ende der Räterepublik Tangermünde.

Stendal, 8. April. Der Räterepublik Tangermünde war nur ein sehr kurzes Dasein beschieden. Schon heute ist von ihm keine Spur mehr vorhanden. Ihr ruhmloses Ende ist eine Tragikomödie. Die „Magdeburger Zeitung" schreibt darüber:

Von Stendal aus war an die Tangermünder Räterepublik ein Ultimatum gestellt worden, den verschleppten Bezirkskommissar Brandenburg bis Mittwoch abend 8 Uhr freizugeben, widrigenfalls bewaffnete Gewalt angewendet werden sollte. Im Vollgefühl ihrer Macht lehnte die „Räterepublik" das Ultimatum ab und schickte ihre roten Gardisten dem Feinde aus der Nachbargemeinde entgegen. Die „rote Armee" war 150 bis 200 Mann stark und lagerte die Nacht über vor den Toren Tangermündes. Die kalte Aprilnacht aber kühlte den Schlachteneifer der roten Armee bedenklich ab. Einer nach dem anderen schlich sich klammheimlich von dannen, und als der Feldherr der Tangermünder seine Getreuen bei Tagesgrauen zählte da konnte er sie alle bequem in einem Kremser unterbringen. Die „rote Armee" hatte sich verflüchtigt; ihre Waffen aber hatte sie zum Teil vor den Toren liegen lassen, die Vorsichtigen hatten sie gleich beim Rathaus abgegeben und nur ein kleiner Teil hatte sie mit nach Hause genommen.

Am Donnerstag morgen traf eine Husarenabteilung in Stärke von 25 Mann in Tangermünde ein und fand die Stadt in voller Ruhe vor. Wie es heißt, sollen Haussuchungen nach versteckten Waffen vorgenommen werden. Die verschleppten Geiseln hatten ihre Freiheit schon am Mittwoch abend wieder erhalten.

Tangermünde war seit Dienstag von jedem Verkehr vollkommen abgeschnitten. Der erste Zug kann erst am Donnerstag mittag wieder abgelassen werden, da sämtliche Lokomotiven heute morgen ohne Dampf waren. Die Arbeiterschaft ist froh, daß sie von dem Terror der Kommunisten befreit ist. Wie fast überall war es auch hier nur eine kleine Zahl, die die große Masse terrorisierte. Heute ist die Arbeit überall wieder aufgenommen worden.

:: **Kalbe**, 8. April. (Jagdglück.) Dem Landwirt Heinrich Steffen gelang es vom Gartengrundstück des Herrn Aßmann aus, einen blauen Eisadler zu schießen.

)(**Wanzleben**, 8. April. (Der frühere hiesige Landrat Dr. von Bohrfeldt) wurde zum Geheimen Finanzrat und vortragenden Rat im Finanzministerium ernannt.

— **Bad Blankenburg**, 8. April. (Zuchthäusler aus dem Ruhrgebiet.) Ein Einbruchsdiebstahl wurde im Hotel „Loesches Hall" durch zwei Zuchthäusler, die im Ruhrgebiet befreit worden waren, ausgeführt. Den Einbrechern fielen 8000—9000 Mark Geld in die Hände. Sie wurden kurze Zeit darauf im Schwarzatal durch Wachtmeister Beese festgenommen, nach Königsee gebracht und in das dortige Amtsgericht eingeliefert. Hier gelang es den Verbrechern, sich zu befreien; sie wurden aber bald wieder ergriffen. Einer der Täter hatte auf der Flucht einen Brustschuß erhalten.

☐ **Sondershausen**, 8. April. (In die fürstliche Gruft) in der Pfarrkirche zu Ebeleben wurde eingebrochen. Die Einbrecher drangen vom Pfarrgarten aus in die Sakristei, hoben dann eine Steinplatte weg und gelangten so in die Gruft der dort begraben liegenden schwarzburgischen Prinzessin. Sie haben den Sarg mit Gewalt geöffnet, aber nichts rauben können, da Kostbarkeiten nicht vorhanden waren. Möglicherweise sind die Diebe gestört worden, denn sie ließen ihre Werkzeuge zurück.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Tennis-Hallenmeisterschaften von Deutschland.

Tennis-Turnier in Bremen.

Das Bremer Turnier, auf dem die Hallenmeisterschaft von Deutschland im Herren-Einzelspiel, im Damen-Einzelspiel, im Herren-Doppelspiel ausgeschrieben war, hat seinen Abschluß gefunden.

Die Hallenmeisterschaft gewann C. Spies (Bremen) gegen Rahn, den er 6:2 6:0 6:1 abfertigen konnte, nachdem er Bergmann verhältnismäßig leicht 6:4 6:3 und Jung-Poppe 6:0 6:0 abgefertigt hatte.

Die Damenmeisterschaft gewann Frau Galvao (Hamburg) gegen Frl. Gaetjen 6:0 6:2. Da Frau Kaeber nicht erschienen war, hatte Frau Galvao ziemlich leichtes Spiel.

Die Hallenmeisterschaft von Deutschland im Herren-Doppelspiel gewannen Spies-Lürmann gegen Gebr. Jung-Poppe 6:2 6:2 6:1.

Das Damen- und Herren-Doppelspiel gewannen Frl. Henoch-Bergmann gegen Frau Galvao und Partner 6:2 6:3.

Im Herren-Einzelspiel mit Vorgabe blieb Bergmann trotz einer Belastung von 0:6 40 Sieger. Zweiter wurde Rahn. Dritte Jung-Poppe und Dreier.

Das Damen-Einzelspiel mit Vorgabe gewann Frau Schaefer gegen Frl. Gaetjen.

Das Herren-Doppelspiel mit Vorgabe brachten Gebr. Jung-Poppe mit einer Belastung von 0:0 15 4:6 gegen Brünemann-Spieß an sich.

Das Damen- und Herren-Doppelspiel mit Vorgabe gewannen Frl. Meyer-Rahn 0:0 2:6 gegen Frl. Achelis-Becker 0:0 3:0 6:1 6:2.

Infolge der ungünstigen Verkehrsverhältnisse mußte auf eine große Zahl auswärtiger Teilnehmer verzichtet werden. So fehlte u. a. Kreuzer-Frankfurt, Carnap-Düsseldorf und Frau Käber-Berlin. Aber auch sonst waren die Bremer und Hamburger Spieler im Vorteil, da sie sich genügend auf das Hallenspiel vorbereiten konnten, während den übrigen die nötige Trainingsgelegenheit fehlte.

Die Tennis-Weltmeisterschaften 1921 auf gedeckten Plätzen sind zum ersten Male nach Kopenhagen zur Austragung überwiesen worden, wo für diesen Zweck zwei gute Anlagen zur Verfügung stehen.

Sportlust hält am Sonnabend, den 10. April, abends 8 Uhr, im Rest. Thomas seine fällige Mitgliederversammlung ab.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Der Rückgang des Kupferpreises.

Die Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupfernotierung hat den Preis für Elektrolytkupfer am Mittwoch mit 3188 ℳ für 100 Kg. notiert. Danach ist der Kupferpreis gegenüber dem 30. März d. J., dem Tage der vorletzten Notierung, weiter um etwa 100 ℳ zurückgegangen. Einen Ueberblick über die Preisentwicklung für Elektrolytkupfer seit Anfang dieses Jahres gibt die folgende Tabelle:

	100 Kg.		100 Kg.
Anfang Januar 1920	2464 ℳ	9. März 1920 . .	3952 ℳ
Mitte Januar 1920	3450 ℳ	12. März 1920 . .	3343 ℳ
Ende Januar 1920	3815 ℳ	26. März 1920 . .	3308 ℳ
6. Februar 1920	4372 ℳ	30. März 1920 . .	3286 ℳ
17. Februar 1920	**4625 ℳ**	7. April 1920 . .	3188 ℳ
24. Februar 1920	4406 ℳ		

Der seit dem Höchststande Mitte Februar eingetretene Rückgang des Kupferpreises ist also bereits sehr erheblich. Die Kurse, die zu Anfang des Jahres 1920 notiert wurden, sind allerdings noch nicht wieder erreicht. Im wesentlichen ist der Preis für Kupfer und die meisten anderen Metalle von der Gestaltung der Valuta abhängig, da die Metalle mit Ausnahme von Zink und Blei zum großen Teil aus dem Auslande eingeführt werden müssen. Die Eindeckung von Verarbeitern und Händlern mit größeren Posten, die für eine längere Betriebszeit vorhalten sollen, ist also mit einem erheblichen spekulativen Risiko verbunden, und in der Tat sollen manche industrielle Unternehmungen an ihren Kupfervorräten infolge des letzten Rückganges Verluste erlitten haben, die in die Millionen gehen. Derartige spekulative Käufe werden sich aber vielfach in einem größeren Geschäftsbetriebe nicht vermeiden lassen und können manchmal erhebliche Gewinne, auf der anderen Seite aber auch nicht minder beträchtliche Verluste im Gefolge haben.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 8. April. Bei Beginn der Börse lagen aus Holland Privatmeldungen von einer wesentlichen Besserung des Markkurses vor, die hier bei nachgebenden Kursen ein starkes Angebot in ausländischen Werten, namentlich aus Holland, hervorrief. Unter diesem Eindruck und im Verein mit der ungeklärten politischen Lage waren die Kurse anfangs stark rückgängig. Am schärfsten natürlich für die direkt betroffenen Valutapapiere. So stellten sich Kanadas 225, Orientbahn und Baltimore 35, Deutsch-Uebersee-Elektrische 100 und ferner von Kolonialpapieren Otavi 200, South West 60 und Neuguinea, deren erster Kurs gestrichen wurde, schließlich 145 Prozent niedriger. Auch Mexikaner und Anatolier erfuhren wesentliche Kursrückgänge. Dies beeinflußte auch die Kursgestaltung auf dem Montan-, Farb-, Elektro- und Schiffahrtsmarkte ungünstig, so daß die einzelnen Papiere bis vereinzelt 20 Prozent nachgaben, wenn auch für ganz wenige Papiere trotz der allgemeinen Ermattung Kurserholungen eintraten. Die übrigen Gebiete des Industriemarktes stellten sich einschließlich der Kaliaktien gleichfalls niedriger, wogegen Bankaktien behauptet blieben. Unverändert recht feste Haltung hatte der Rentenmarkt, besonders für alte Anleihen des Reiches und Preußens. Oesterreichische und ungarische Anleihen waren vernachlässigt. Aber noch in der ersten Börsenstunde kam der Rückgang zum Stillstand. Es traten in den zuletzt aufgeführten Warengattungen des Aktienmarktes 4—5prozentige Kurserholungen ein, mit Ausnahme von Otaviaktien, die weiter im Kurse nachgaben.

Devisenkurse.

Berlin, 8. April.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam-Rotterdam	2172,75	2177,25	2387,50	2392,50
Brüssel-Antwerpen	414,60	415,40	434,50	435,50
Christiania	1148,75	1151,25	1273,50	1278,00
Kopenhagen	1098,75	1101,75	1198,75	1201,25
Stockholm	1298,50	1301,50	1408,50	1411,50
Helsingfors	319,65	320,35	351,60	352,40
Italien	244,75	245,25	289,70	290,30
London	234,75	235,25	256,70	257,30
New York	58,15	58,35	63,40	63,60
Paris	389,60	390,40	404,60	405,40
Schweiz	1078,75	1081,25	1128,25	1131,75
Spanien	1073,75	1076,25	1078,75	1081,25
Wien (altes)	22,47	22,53	22,97	23,03
" (Deutsch-Oest. abgest.)	24,97	26,03	28,97	29,03
Prag	85,40	85,60	86,90	87,10
Budapest	——	——	28,47	28,53
Bulgarien	——	——	——	——
Konstantinopel	——	——	——	——

Produktenbericht.

Berlin, 8. April. Im Verein mit der sich fortsetzenden Besserung des Markkurses im Auslande und dem bereits sich verschiedentlich stärker bemerkbar machenden Preisrückgängen auf den Rohstoffmärkten wächst auch die Verkaufslust am Produktenmarkt täglich, und gleichzeitig verstärkt sich die Abneigung der Käufer zu Anschaffungen. Für Hafer sind die Preise wieder 6—8 für den Zentner niedriger. Für Hülsenfrüchte gelten die gleichen Bedingungen, und es fällt hier schwer, zuverlässige Preise zu ermitteln. Auch die Preise für Rauhfutter sind in den allgemeinen Rückgang einbegriffen. Wetter: bedeckt.

Berlin, 8. April. Amtliche Notizen. (Preis für 1000 Klg. in Mark.) Inl. Hafer: loko: ab Speicher frei Wagen —; ab Bahn —; sofortige Abladung ab Abladestationen 3840—3700 bis 3760. Tendenz weichend.

Die Harzer Werke A.-G. in Rübeland und Zorge bauen von Blankenburg her zur Verstärkung der Eisenerzgewinnung einen neuen großen Stollen.

Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft. Als Nachfolger des bisherigen Generalrepräsentanten der Gewerkschaft, Bergrat Dr. Vogelsang, der in der Nacht zum 16. März in Eisleben von Bergleuten erschossen wurde, ist wie wir zuverlässig hören, der technische Leiter der Zeche „Sachsen" bei Hamm, Generaldirektor Dr. Heinold-Hamm, in Aussicht genommen.

Aschinger, A.-G. in Berlin. Das Unternehmen erzielte im Geschäftsjahr 1919 einen Bruttogewinn von 2 161 638 (1 880 432) Mark. Die Betriebsunkosten stiegen von 759 428 Mk. auf 1 152 284 Mk. Nach Abzug von 796 640 (884 454) Mk. verbleibt ein Ueberschuß von 199 037 (212 009) Mk. Die Dividende wurde mit wieder 4 Prozent von der Generalversammlung beschlossen.

Allgemeine deutsche Kreditanstalt in Leipzig. Die a. o. H.-V. genehmigte einstimmig die Kapitalerhöhung um 35 auf 160 Mill. Mark. Die neuen ab 1. Januar 1920 dividendenberechtigten Aktien sollen zum Mindestkurs von 100 Prozent begeben, die Einzelheiten der Ausgabe, insbesondere der Ausgabekurs, sollen durch den Vorstand festgesetzt werden. Auf je 3600 Mk. alte Aktien soll eine neue Aktie über 1000 Mk. entfallen.

Ver. Bremer Portlandzementwerke „Port. Union" A.-G., Bremen. Die Gesellschaft, welche sich kürzlich unter gleichzeitiger Kapitalserhöhung um 2,40 auf 6 Mill. Mk. mit der Westfalia in Beckum vereinigte, konnte 1919 die Betriebe wegen Kohlenmangels bei weitem nicht ausnutzen. Nach 461 603 (281 676) Mk. Abschreibungen und 47 558 (6505) Mk. Kursverlust verbleiben einschließlich 70 599 (68 986) Mk. Vortrag 631 940 (319 105) Mk. Reingewinn, woraus 12 (6) Prozent Dividende verteilt und 72 820 Mk. vorgetragen werden. Die Nachfrage nach Zement sei lebhaft. Ins neue Jahr sei man ohne nennenswerte Vorräte eingetreten.

Holländisch-deutsche Hypotheken- und Grundbesitz G. m. b. H. Die holländische Kredit- und Effektenbank teilt mit, daß am 31. März eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter dem Titel Holländisch-deutsche Hypotheken- und Grundbesitz G. m. b. H. mit einem Stammkapital von 20 Mill. Mark in 5 Serien zu je 4 Mill. gegründet wurde. Die erste Serie ist bereits eingezahlt. Zweck der Gesellschaft ist die Konzentrierung des Markbesitzes in Holland zur Hebung der deutschen Valuta und vorteilhafte Investierung des gesamten Markbesitzes durch Kauf, Verkauf oder Vermietung bezw. sonstige Ausnutzung des Grundbesitzes, Uebernahme von ersten Hypotheken und was sonst damit zusammenhängt, Anteilnahme an Unternehmungen mit dem gleichen Ziel.

Die Vereinigten Berlin-Frankfurter Gummiwaren-Fabriken A.-G. bringen nach Abschreibungen von 225 419 (186 418) Mk. für 1919 aus einem Ueberschuß von 807 138 (839 413) Mk. eine Dividende von wieder 15 Prozent zur Ausschüttung. Die Verwaltung teilt mit, daß das neue Geschäftsjahr sich gut angelassen habe, weil reichlich Aufträge vorlägen; immerhin wirkten der Tiefstand und die Schwankungen der Valuta störend auf die Berechnung.

B. Liebold & Co., A.-G., Holzminden. Nach dem Bericht für 1919 gelang es, Bauaufträge in ausreichendem Umfange zu erhalten. Der Betrieb der Zementwarenfabrik konnte wegen Zementmangel nur in verringertem Umfange durchgehalten werden. Der Reingewinn beträgt nach 58 152 (57 130) Mk. Abschreibungen und 23 279 (27 301) Mk. Kursverlust einschließlich 55 182 (19 522) Mk. Vortrag 172 519 (61 313) Mk., woraus 6 (0) Prozent Dividende verteilt und 49 329 Mk. vorgetragen werden.

J. A. John A.-G. Der Fabrikationsgewinn im Jahre 1919 betrug 3 924 279 Mk. gegen 2 906 160 Mk. im Vorjahre. Nach Abzug der Generalunkosten mit 3 517 036 Mk. gegen 2 559 377 Mk. im Vorjahr und nach 67 817 Mk. Abschreibungen gegen 77 570 Mark verbleiben 372 677 Mk. gegen 306 584 Mk., woraus 240 000 Mark gleich 12 Prozent Dividende gegen 10 Prozent im Vorjahre verteilt und 44 054 Mk. gegen 33 251 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen. Die Gesellschaft beantragt eine Kapitalserhöhung um 1 500 000 Mk. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir, daß die allgemein herrschende Knappheit an Rohmaterial die volle Ausnutzung der Betriebseinrichtungen und Umsatzmöglichkeiten nicht zuließ. Es mußten vielmehr Einschränkungen vorgenommen werden. Besonders störend waren die sprunghaften Steigerungen der Rohmaterialpreise und die dauernden Aenderungen der Lohntarife. Wenn es trotzdem gelungen ist, mit Gewinn abzuschließen, so ist das auf den Warenhunger und auf das Auslandsgeschäft zurückzuführen.

Berliner Börse

vom 8. April 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½% Dtsch.Schatzsch VI—IX	76,10
5% Dtsch. Reichsanl.	79,75
4% " "	76,60
3½% " "	69,80
3% " "	76,50
4% Preuß. Konsols	78,50
3½% " "	66,50
3% " "	63,40
4% Charl. Stadtanl. 89/99	——
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	101,75
4% Sächs.Neulandsch Pfdbf.	——
4% Preuß. Centr.Bod. Pfdbf.	102,20
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbf. 1911	104,00
4½% Dess.Gas Oblig.	101,75
4% DessauerGas Obl.	102,00
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	36,00
4% Ungar. Goldrente	71,75
4% Ungar. Kronenrente	38,75
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	110,00
Halle-Hettstedter	86,50
Schantungbahn	680,00
Allg. Lokal-Str.	146,00
Gr. Berl. Str.	136,50
Magdeburger Str.-B.	——
Prinz-Heinrich-B.	675 00
Orientbahn	296,00
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	213,00
Hambg. Südamerika	298,25
Hansa-Dampfschiff.	390,00
Nordd. Lloyd	196,25
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	162, 0
Berl. Handelsges.	209,00
Commerz-Diskontobank	191,00
Darmstädter Bank	142,50
Dessauische Landesbank	120,00
Deutsche Bank	317,50
Diskonto-Comm.	225,50
Dresdner Bank	184,00
Leipzig. Credit-Anst.	179,50
Mitteld. Kreditbank	148,00
Mitteld. Privatbank	163,50
Nationalbank	146,50
Oesterr. Kredit	123,00
Reichsbank	156,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	285,00
Akt. f. Anilin	393,50
Allgem. Elektr. Ges.	425,00
Ammendorfer Papierfabrik	——
Anhalter Kohlenw.	305,00
Annaberger Steingut	355,00
Badische Anilin	575,00
Bergmann Elekt.Akt.	281,75
Berl. Masch.-Bau	379,75
Bismarckhütte	444,25
Bochumer Gußstahl	388,50
Chem.-Fabr. Buckau	250,00

Chem. Griesheim	336,00
Chem. Heyden	468,00
Consolidation Schalk	——
CröllwitzerPapierfbk	384,00
Daimler Motoren	337,00
Deutsche Luxemburg	360,00
Deutsche Uebersee-Elektr.	1170,00
Deutsche Erdöl	869,00
Deutsche Gasglühl.	5150,00
Deutsche Kali	489,50
Deutsche Waffen und Mun.	465,00
Donnersmarckhütte	403,00
Döring & Lehrmann	178,00
Dürrkoppwerk	——
Engelhardt-Brauerei	283,50
Elberfelder Farben	448,00
Felten & Guillaume	——
Gasmotoren Deutz	284,00
Gebhard & Co.	——
Gebhard & König	340,00
Gelsenkirchen Berg.	358,50
Glauziger-Zuckerfbk	495,50
Hallesche Maschfbk.	——
Hann. Masch.	440,00
Harpener Berg	368,50
Hasper Eisen	400,00
Hirsch Kupfer	365,00
Höchster Farbwerke	414,75
Hoesch Eisen u. Stahl	410,00
Hohenlohe Werke	251,00
Humboldt Masch.	228,50
Ilse Bergbau	376,00
Kahla Porzellan	650,00
Kaliw. Aschersleben	490,00
Körbisd. Zucker-Akt.	290,00
Kyffhäuserhütte	268,00
Lahmeyer & Co.	249,75
Lauchhammer	354,00
Laurahütte	338,00
Linke & Hofmann	525,00
Ludwig Loewe & Co.	408,00
Lothringer Hütte	348,00
Mannesmannröhren	440,00
Masch.-Fabr. Buckau	274,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	263,00
do. Caro Heg.	311,00
do. Kokswerke	374,50
Orenstein & Koppel	345,00
Phönix Berg	806,00
Rhein. Metall-Vorz.	319,00
Rhein. Stahlwaren	400,00
Riebeck. Monten	389,50
Rombacher Hütten	369,50
Rositzer Braunk.	367,00
Rositzer Zucker	270,00
Sangerhäuser Masch.	——
HugoSchneider A.-G.	348,00
Schuckert & Co.	233,00
Siemens & Halske	374,75
Stettiner Chars.	339,00
Stettiner Vulkan	299,75
Stollberger Zinkh.	349,50
Strals. Spielkarten	375,00
Thale-Eisenhütte	492,00
Triptis Porzellan	293,00
Türk. Tabakregie	1100,00
Ver. Köln-Rottweiler	398,00
Ver. Glanzstoff	1400,00
Wegelin & Hübner	220,00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	——
Westeregeln Alkali	809,75
Wittener Gußstahl	818,00
Wrede Mälzerei	185,00
Zeitzer Masch.	498,00
Zellstoff Waldhof	334,00
Otavi-Minen	1052,00

Tendenz: schwach.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 8. April 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	375,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	184,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	237,00
Mansfelder Gewerkschaft	4925,00
Portland, Zementfabrik Halle	160,00
Prehlitzer Braunkohlen	——
Priorit.	——
	——

Verantwortlich f. d. polit. Teil: J. V.: Eugen Brinkmann; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200409018/fragment/page=0004